



## **Reform Partei der Schweiz (RPS)**

Parti réformiste de la Suisse (PRS) · Partito riformista della Svizzera (PRS)

Postfach · CH-8600 Dübendorf · Tel. +41 (0)44 361 53 40 · E-mail: rps-ch@bluewin.ch · www.rps-ch.ch

---

# **Thesen der Reform Partei der Schweiz (RPS)**

## **Europa: Europäische politische Integration**

Die europäische Integration war ursprünglich eine politische Idee, wobei die europapolitischen Visionen weit zurückreichen. Die politische Integration war nach dem Zweiten Weltkrieg eine Erfolgsgeschichte, weil sich die politischen Bestrebungen mit den wirtschaftlichen Interessen verbanden. Seit einiger Zeit ist indessen das Politische in den Hintergrund getreten, das wirtschaftliche, das materialistische Denken bedroht die Wurzeln des Gemeinschaftssinns. Eine gewisse Renationalisierung ist unverkennbar. Dieser muss - wo nicht begründet - mit dem Blick in die Zukunft entgegengetreten werden.

### **1. Staatspolitische Fragen**

#### **1.a) Die Europäische Verfassung**

Es gehört leider zu den Praktiken der europäischen Institutionen - dasselbe gilt für die Schweiz - dass mit Ausdrücken eine Realität vorgetäuscht wird, die noch gar nicht existiert. Bei der zur Abstimmung vorgelegten Verfassung handelte es sich um einen Verfassungsvertrag, also um etwas, was sich grundsätzlich von einer Verfassung unterscheidet. Die Europäische Reform Partei fordert eine echte Verfassung und damit vorgängig die Errichtung einer verfassungs-

gebenden Versammlung.

- Damit wird die Grundlage gelegt für einen europäischen Staat, eine europäische Verfassung und ein europäisches Volk. Dieser Vorschlag wird auf starken Widerstand stossen, da er an das "Eingemachte" geht. Die Europäische Reform Partei schlägt keinen europäische Zentral- oder Superstaat, sondern einen europäischen Bundesstaat vor. Wegweisend ist das im ersten Maastrichter Vertrag vorgeschlagene Subsidiaritätsprinzip und im zweiten Maastrichter Vertrag vorgeschlagene Prinzip der "verschiedenen Geschwindigkeiten". Die kulturelle Vielfalt Europas - ein unerhörter Reichtum - lässt gar keine andere Lösung zu. Die Verwirklichung dieser Zielsetzungen ist das Resultat eines tiefgreifenden Reformprozesses.

Jedermann war sich einig - ein Verfassungsvertrag von ungefähr 450 Seiten ist möglicherweise ein wissenschaftlicher Beitrag -, aber weder ein Vertrag, noch eine Verfassung. Es ist eine Verfassung von höchstens 50 Seiten anzustreben, die sich auf die wesentlichen konstitutionellen Elemente konzentriert.

Vor allem gilt es, das Vetorecht aufzuheben und durch entsprechende Mehrheitsregelungen in den verschiedenen Gremien zu ersetzen. Für eine föderative Struktur hat sich das Zwei-Kammer-System bewährt. Der Europäische Rechnungshof und das Verwaltungsgericht müssen durch einen entsprechenden Verfassungsgerichtshof ergänzt werden.

- Mit Ausnahme von Wissenschaftlern, Sachverständigen, auf Europa spezialisierten Journalisten und sich für Europafragen engagierte Bürgerinnen und Bürger ist Europa weder politisch noch emotional ein Thema. Dafür verantwortlich sind die langsam verblassenden Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, die Komplexität des

Vorganges der Integration und damit verbunden eine mangelnde Übersichtlichkeit, die mangelhafte Einbindung des Volkes und damit ein mangelhafter Ausbau der Volksrechte (nicht nach schweizerischem Vorbild) und die Feststellung, dass es wenig hervorragende Politiker gibt, die für die europäische Sache eintreten. Reformen sind überfällig. Sie müssen von verschiedenen Seiten an die Hand genommen werden. Dabei ist es unerlässlich, in den Schulen stufengerecht auch auf die Geschichte und Probleme der Nachbarn einzutreten, sei dies unter dem Gesichtspunkt der Bildung oder der Ausbildung.

- Diese Reformen betreffen die Grundlagen der europäischen Integration. Es liegt auf der Hand, dass sie sehr schwer zu realisieren sind. Es ist aber ein grosser Unterschied, ob sie als zu verwirklichende Perspektiven und Ziele anerkannt werden.

So oder so, sie gehen ans "Eingemachte". Die heutige "Krise" in der Europäischen Union stellt eine Wachstumskrise dar. Auf absehbare Zeit wird sie - 2005 vom Zaune getreten durch T. Blair im Europäischen Parlament - die Europäische Union in ihrer Entwicklung lahm legen. Eine neue Generation wird die Einigung wieder vorwärts treiben (müssen). Dies führt unweigerlich auf absehbare Zeit zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten vor allem im politisch institutionellen Bereich.

Die Reformvorschläge haben den komplizierten Fragen Rechnung zu tragen, die sich daraus für alle Mitgliedstaaten ergeben. Gemäss Maastricht II Vertrag von 1997 darf diese Verwirklichung nicht zu einer Spaltung in der europäischen Integration führen.

## **2. Der Europäische Wirtschaftsraum**

Der Europäische Wirtschaftsraum muss an der Wirtschafts- und Währungspolitik (Makroökonomie), am Europäischen Binnenmarkt (und damit auch Wettbewerbsfähigkeit) und an den Aussenbeziehungen gemessen werden.

Der Stand der Integration bildet hier alles andere als ein einheitliches Bild. Dabei gibt es nur zwei wirkliche Konstanten. Erstens hängen Politik und Wirtschaft wechselseitig immer mehr zusammen und zweitens gelang es, den wie bisher erzielten *acquis communautaire* (das bisher erreichte), erfolgreich aufrechtzuerhalten. Andererseits zeichnet sich auf absehbare Zeit keine eigentliche, nennenswerte Weiterentwicklung ab. Der Schweiz fällt dabei die zweifelhafte "Ehre" zu, als Störenfried und Profiteur nicht unwesentlich zu dieser Entwicklung beizutragen (vor allem bezüglich des Bankgeheimnisses).

### **2.a) Wirtschaftspolitische Fragen und Gesamtwirtschaft**

- Nationale, regionale und Gemeinschaftsprobleme hängen immer mehr zusammen. Dies gilt in beiden Richtungen. Diese Verflechtung wird noch verstärkt durch die Europäische Währungs-Union oder durch die enge währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Union. Obwohl in gewissen Bereichen der Wirtschaftspolitik grosse Fortschritte erzielt worden sind, z.B. im Bereich der Wettbewerbs- und Gesellschaftspolitik, fehlt noch immer die Grundlage für die Wirtschaftspolitik aus einem Guss. Dies ist umso erstaunlicher, als die Hauptziele dieser Politik, Vollbeschäftigung und Stabilität, unbestritten sind.

- Die Europäische Reform Partei fordert diese Grundlage. Als Ziel gilt es, den Stabilitätspakt aufrecht zu erhalten. Diese Stabilität darf aber nicht nur monetär, aus neoliberaler Sicht, beurteilt werden. Es geht letzten Endes um die sozioökonomische Stabilität. Die "Stabilität" ist nicht nur ein Ziel, sondern auch ein dauernder Prozess.
- Neben der Geldpolitik der EZB stellt die Hauspolitik in der Gemeinschaft einen zentralen Faktor für Wachstum und Stabilität dar. Tatsache ist, dass es außer der Geldpolitik keine ökonomischen Instrumente im konjunkturellen und wachstumspolitisch relevanten Sinn gibt. Ein gemeinsamer Haushalt von gegenwärtig 1.04 % des BIP stellt keine gemeinsame Grundlage für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik dar. Es gilt nicht nur, den britischen Beitragsrabatt zu streichen, sondern den gemeinschaftlichen Haushalt massiv zu erhöhen, und dafür nationalstaatliche Verwaltungen abzubauen. Der Stabilitätspakt im Zusammenhang mit dem Euro kann in diesem Fall aktiv angestrebt werden und hat somit nichts mehr mit einem russischen Roulette zu tun. Ausserdem ist eine entsprechende Haushaltsstruktur und Haushaltspolitik eine Voraussetzung für die Lissabonner Strategie für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Indirekte Steuern, welche den europäischen Binnenmarkt beeinflussen, sind noch mehr zu harmonisieren. Dies gilt auch für direkte Unternehmungssteuern, insofern sie wettbewerbsrelevant sind. Gemeinschaftsländer, die sich in der Steuerpolitik egoistisch und nicht gemeinschaftlich verhalten, sind mit Sanktionen zu belegen. Mit Ländern, die sich wie die Schweiz in unmittelbarer Nachbarschaft der EU befinden, und mit ihrer egoistischen Steuerpolitik den Wettbewerb verzerren, und den Nachbarländern mit ihrem Bankkundengeheimnis den Steuerbehörden gegenüber die Finanzen ihrer "Freunde" schwächen, sollten alle Verträge gekündigt werden. Gerade in Bezug

auf den letzten Punkt haben die EU-Behörden wenig Charakter und europäische Gesinnung bewiesen.

- Der Europäische Binnenmarkt gehört zu den grossen Errungenschaften der europäischen Integration. Obwohl noch nicht vollständig durchgeführt, stellt er eine der Voraussetzungen für die Weiterentwicklung dar. Vor allem gilt es, technische Handelshemmnisse und weitere Marktschranken abzubauen. Die frühere "grüne Kritik" am Binnenmarkt, an den Güterbewegungen und an der Harmonisierung, lag völlig daneben. Marktwirtschaft, freier Güterverkehr und Beseitigung der Handelsschranken sind eine Voraussetzung für den Binnenmarkt. Diese Marktwirtschaft muss sich aber einbetten in ein gesamteuropäisches Konzept, das sowohl sozialen, wie ökologischen und nachhaltigen Gesichtspunkten Rechnung trägt.

Diese Konzeption steht in einem klaren Gegensatz zur amerikanisch-englischen Sicht der Dinge. Der Systemwettbewerb ist keinesfalls vorüber, er muss in der Europäischen Union ausgetragen werden. Wenn die deutsche Bundeskanzlerin von dieser Auseinandersetzung nichts hält und meint, wirtschaftliches Wachstum führe zu einem adäquaten Wohlstand, fragt man sich, wo sie die Keckheit hergenommen hat, dieses anspruchsvolle Amt anzustreben.

## **2.b) Wirtschaft- und Integrationspolitik**

- Die grossen Europäer haben alle ausnahmslos in erster Linie in politischen Kategorien gedacht. Das ökonomische Denken hat im Laufe der Zeit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Es gilt, vor allem zwischen diesen Komponenten wieder ein Gleichgewicht zu finden. Die Einhaltung vor allem der Grundrechte der Menschen darf auch

keinem wirtschaftlichen Opportunismus geopfert werden.

Von neuen Mitgliedstaaten wird zu Recht verlangt, den wirtschaftlichen *acquis communautaire* mindestens nach einer Übergangszeit einzuhalten. Dies gilt nicht in Bezug auf die Währungsunion und vor allem nicht auf die Sicherheits- und am wenigstens für die Politische Union. Dies ist einerseits die Folge, dass die Gemeinschaft in diesen Bereichen keine wirkliche Gemeinschaft darstellt. Andererseits ist sich die Europäische Union, wo diese weiterreichenden Integrationsansätze bestehen, dessen zu wenig bewusst.

Die Europäische Reform Partei betont, dass hier ein extrem wichtiger Handlungsbedarf besteht.

### **3. Europäische Gesellschafts- und Sozialpolitik**

Durch die Intervention von T. Blair im Europäischen Parlament bezüglich des Haushaltsbudgets ist eine Debatte vom Zaune gerissen worden, die noch lange nachwirken wird. Es geht hier nicht nur um eine wirtschafts-, sondern auch um eine sozial- und gesellschaftspolitische Frage. Wenn Exponenten der Europapolitik erklären, es gäbe keinen Systemwettbewerb mehr, reduzieren sie die Frage auf die Marktwirtschaft. Oder - wenn noch schlimmer - sich eine Regierungschefin für die Fragestellung nicht einmal interessiert.

- Wie bereits festgehalten, hat die Europäische Union nur in Form einer Föderation, eines dezentralisierten Bundesstaates, eine Zukunft. Dies bedeutet, dass auch die Gesellschaft- und die Sozialpolitik mehrstufig anzugehen sind. Als oberstes Leitziel gilt, dass die Gesellschafts- und die Sozialpolitik so bürgernah als möglich strukturiert sein sollen und anzugehen sind. Davon ist man heute in der Europäischen Union noch

weit entfernt.

Das soziale Empfinden - von grundsätzlichen Einsichten im Bereich der Menschenrechte und der Europäischen Sozialcharta einmal abgesehen - ist in den einzelnen Regionen und Staaten aus historischen und mentalen Gründen sehr verschieden. Gerade aus Gründen der Bürgernähe sind deshalb einer Harmonisierung in der Gesellschafts- und Sozialpolitik relativ enge Grenzen gesetzt. Sozialpolitisch sind auf der europäischen, nationalen und regionalen Ebene die Beschäftigung, die soziale Integration, die Vorsorge- und Fürsorgesysteme und die Vermögensbildung von grösster Bedeutung.

- Die Beschäftigungspolitik ist Teil der Struktur-, Wachstums- und Kulturpolitik. Abgesehen von Ihrer sozialen Ausgestaltung ist die Beschäftigungspolitik in ihrem Kern eine übergeordnete, europäische Frage. Selbst der Europäer und ehemalige deutsche Bundeskanzler Kohl argumentierte bei der Arbeitsmarktpolitik national. Dies ist umso erstaunlicher, als eine gut und nachhaltig funktionierende Wirtschafts- und Währungs-Union die Mobilität der Arbeitnehmer im Rahmen der Freiwilligkeit voraussetzt. Dies verbessert die Möglichkeiten der Beschäftigungssituation.

In einem wirtschaftlichen Grossraum von der Ausdehnung des europäischen Binnenmarktes gibt es immer wieder strukturelle Entwicklungen und Krisen. Die Arbeitslosigkeit wird aber nie verschwinden. Sie lässt sich aber auf mikro- wie makroökonomischer Ebene bekämpfen. Insbesondere haben die Behörden und öffentlichen Institutionen aller Stufen darauf zu achten, dass die Investitionen über einen hohen Multiplikator verfügen und damit beschäftigungswirksam sind. Dem amerikanisch-englischen System mit seiner geringeren Zahl von Arbeitslosen (statistisch erkaufte durch geringe (Grenz)löhne, mangelndem sozialen Schutz und mangelhafter Integration



benachteiligter Bevölkerungsteile) ist das kontinental-europäische System mit seiner grösseren Sicherheit für die Arbeitnehmer und deren Familien vorzuziehen. Als Notlösung und vorübergehend mag die Schaffung von Stellen für working poors eine Milderung der sozialen Probleme, insbesondere für Ausgesteuerte, bringen. Eine tragfähige Lösung für das Arbeitsmarktproblem stellt sie aber nicht dar. Das wirtschaftliche Wachstum kann nur dann signifikant zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen, wenn die Wachstumsgewinne leistungs- und sozialorientiert verteilt werden.

Für eine objektive und wirkungsvolle Beschäftigungspolitik gilt - gleichgültig auf welcher Ebene - dass das Problem endlich auch in der sozialen Dimension ernst genommen wird. Die Beschäftigung löst einerseits Wachstum aus und ist gleichzeitig das Resultat wirtschaftlichen Wachstums. Das letztere gilt im positiven wie im negativen Sinne.

In Bezug auf die Wanderbewegungen wird die soziale Integration der Zugewanderten häufig vernachlässigt. Besonders gefährdet sind in dieser Beziehung grosse Bevölkerungsagglomerationen in staatlichen Verhältnissen, wenn die Zugewanderten aus einem anderen Kulturkreis stammen und eine grosse Kluft in der beruflichen Ausbildung zwischen den Einheimischen und den Zugewanderten besteht. Wenn sich diese Faktoren kumulieren und seitens der einheimischen Politik und der Bevölkerung keine aktiven und nachhaltigen Integrationsbestrebungen unternommen werden, kann ein gefährliches Konfliktpotenzial entstehen, das nicht erst in Frankreich und anderen europäischen Ländern, sondern bereits in der zweiten Hälfte der 60iger Jahre in den USA zu Gewalt und Aufruhr führte.

Dieses Problem der Integration kann nur auf unterer, d.h. vor allem auf kommunaler Ebene angegangen werden. Mangelhafte Perspektiven in

jedem Sinn sind ein Hauptgrund für die soziale Desintegration.

- Die Vorteile eines föderativen Aufbaus Europas liegen nicht nur im staatspolitischen Bereich. Es betrifft, konsequent verstanden, auch andere Politikfelder. Dazu gehört das Vorsorge- und Fürsorgesystem und die Struktur der Vermögensbildung. In Bezug auf das Vorsorge- und Fürsorgesystem eignet sich die Schweiz als Modell für Europa.

Das Vorsorgesystem - bei dem die Altersvorsorge im Vordergrund steht - kann und muss nicht auf europäischer Ebene organisiert werden. Die Mentalität eines Volkes prägt nicht nur das Vorsorgesystem im Bereich der Altersvorsorge, sondern das ganze Vorsorge- und Fürsorgesystem in allen Facetten.

Das staatliche Vorsorgesystem sollte einen markanten Teil des Vorsorgesystems ausmachen. Dabei sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Umlage- und Deckungskapitalverfahren bestehen. Macht der Anteil des Umlageverfahrens wie in der Schweiz 90 % der gesamten Finanzierung durch Beiträge aus, ist das Vorsorgesystem zwar populär bei der Einführung und während einiger Zeit, dafür werden die Finanzierungsprobleme auf später verschoben. Der stotternde Konjunkturverlauf und die demographische Entwicklung insbesondere in West Europa werden in Zukunft auch in der Schweiz grosse Finanzierungsprobleme für die staatliche Altersvorsorge schaffen. Dies gilt bereits bei der Wahrung des "Besitzstandes", erst recht bei der Dynamisierung dieses Besitzstandes.

Damit eine minimale staatliche Sozialrente finanziert werden kann, gilt es, in allen europäischen Ländern die einkommensorientierte Beitragsfinanzierung nach oben nicht zu begrenzen. Die Schweiz, die gewiss nicht als sozialistischer Staat bezeichnet werden kann, hat diese Art der Finanzierung seit Beginn, d.h. seit 60 Jahren ihrer Einführung, praktiziert.

Das gesamte Alters- und Fürsorgesystem - dieses lässt sich nur als ganzes beurteilen - sollte einen gewissen Grad von Selbstverantwortung zum Ausdruck bringen. Es gibt aber Härtefälle, wo aus mancherlei Gründen vom Staat, bzw. vom staatlichen Sozialvorsorgesystem, in einem gewissen Masse eine Zusatzleistung erbracht werden sollte. Im Gegensatz zur Fürsorge sollte es sich wie in der Schweiz bei dieser Vorsorgeleistung um einen gesetzlichen Anspruch des Bürgers handeln, bei dem der Empfänger nur seine privaten Vermögens- und Einkommensverhältnisse nachzuweisen hat. Ein grosser Teil der Selbstverantwortung kommt in der beruflichen Vorsorge oder dem eigenen Sparen zum Ausdruck. Auch die berufliche Vorsorge ist ausschliesslich nach dem Kapitaldeckungsverfahren aufzubauen. Gerade vom Standpunkt des Europäischen Binnenmarktes ist die Freizügigkeit innerhalb der verschiedenen Wirtschaftszweige, Unternehmen und beim öffentlichen und dem privaten Sektor entscheidend.

- Sowohl staatspolitische wie sozialpolitische Gründe sprechen dafür, die Fürsorgemassnahmen möglichst nahe beim Bürger zu erbringen. Dies gilt nicht nur für die private, sondern auch für die staatliche Fürsorge. Letzterer sollte auf kommunaler oder auf der Ebene eines entsprechenden Zweckverbandes geleistet werden. Damit kann Missbräuchen oder bürokratischen Leerläufen am ehesten begegnet werden.
- Bei der Vermögensbildung in Unternehmung und Betrieb gibt es die nationale, unternehmerische und private Ebene. (Die rein private Vermögensbildung steht hier nicht zur Diskussion. Sie ist durch gesetzliche Massnahmen zu fördern). Im Rahmen der nationalen Gesetze und Förderungen der privaten Vermögensbildung gilt es, auch

die Sozialpartner oder Hausverbände in den Unternehmungen mit einzubringen. In einer föderalistischen Struktur gibt es auch diesbezüglich keine einheitlichen europäischen Lösungen.

Investivlöhne, Mitarbeiteraktien, usw. beteiligen den Mitarbeiter in einem gewissen Ausmasse am Unternehmungserfolg. Die ist zwar positiv, aber nicht unproblematisch. Sachkundige Mitarbeiter müssten bei solchen Regelungen auch im Verwaltungsrat vertreten sein. Die Gewinn- und die Verlustbeteiligung würden die Risiken für den Mitarbeiter sehr stark vergrössern.

Wesentlich ist, dass die Vermögensbildung im marktwirtschaftlichen System als ein wichtiges Mittel verstanden wird, die persönliche Unabhängigkeit zu fördern.

#### **4. Forschung und Bildung**

- Die Europäische Union sollte sich zu einer Forschungsgemeinschaft entwickeln. Dies ist unerlässlich, wenn die Union die "Strategie von Lissabon" verwirklichen will. Im Rahmen der bisherigen Arbeit wird zwar einiges geleistet. Sie genügt aber nicht. Schwachpunkte sind die Finanzierung, eine mangelnde einheitliche Strategie, die Vernachlässigung der Umsetzung der Ergebnisse und die Bürokratisierung der anfallenden Verwaltung. Den Vorstellungen der Regierung Blair, das EU-Budget zu kürzen und gleichzeitig die Effizienz der Integrationsanstrengungen zu verbessern, können - höflich ausgedrückt - lediglich als schizophren betrachtet werden.
- Bei der Bildung gilt es, zwischen der Allgemeinbildung und der berufsorientierten Ausbildung zu unterscheiden. Grundsätzlich ist die Kulturhoheit der Länder und Regionen zu beachten. Generell fehlt in

Europa "Europa" in den Schulbüchern und Lehrgängen. Dies ist umso schwerwiegender, als eine klare Grenze zwischen Ausbildung und Bildung ohnehin nicht zu ziehen ist. Es gilt, die Schulungsprogramme diesbezüglich zu überarbeiten.

Ob das amerikanisch-englische Ausbildungsmodell an den Hoch- und Fachhochschulen außer einer grösseren Beweglichkeit etwas bringt, muss sich zuerst noch erweisen. Eindeutig daneben geht die Kopenhagener Konvention mit der Einführung des modularen Systems in der Berufsausbildung. Für die berufliche Aus- und Weiterbildung sind die Anforderungen des Arbeitsmarktes, die sich zu Berufsleitbildern verdichten, entscheidend. Die Modularisierung der Berufsbildung ist weitgehend das Konstrukt von Bürokraten und Politikern.

In denjenigen Ländern, wo Verbände hoheitliche Aufgaben erhalten und staatliche Diplomprüfungen mit allen Monopolrenten, die sich daraus ergeben, durchführen, sind die Monopole vollständig aufzuheben.

## **5. Bürger und Staat**

- Es gibt zwar heute "Pseudo"-Europa-Pässe. Solange es keinen europäischen Staat gibt, kann bei europäischen Einwohnern auch nicht von europäischen Bürgern gesprochen werden. Ein echter europäischer Pass wird es noch auf längere Zeit nicht geben, daran ändert auch der EU-Pass nichts.

Man muss sich bei dieser Frage ganz klar die Bedeutung europäischen Bürgertums, einer entsprechenden Flagge, Hymne und vor allem einer entsprechenden Verfassung vor Augen halten. Die europäische Verfassung ist Ausgangs- und gleichzeitig Endpunkt der

europäischen Identität. Ohne europäische Identität gibt es auch keine europäische Entwicklung. Grossbritannien ist das beste Beispiel dafür.

- Entscheidende Bedeutung kommt dem Verhältnis des Bürgers zum Staat zu. Dies gilt auch im umgekehrten Sinne. Die staatliche Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Dies gilt in allen europäischen Ländern und ist eine Voraussetzung für eine lebendige und gesunde Demokratie. Die Europäische Reform Partei versteht sich auch in dieser Beziehung als eine liberal-soziale Partei, die versucht, die Interessen des Einzelnen und das Kollektivinteresse miteinander in Einklang zu bringen. Es versteht sich von selbst, dass die grundsätzliche Linie nicht einfach sichtbar zu machen ist.
- In den einzelnen europäischen Ländern gibt es unterschiedlich entwickelte Bürokratien. Von einer Bürokratie sprechen wir dann, wenn die staatliche Verwaltung über das hinaus geht, was für die Erledigung ihrer Aufgaben notwendig ist. Dasselbe gilt auch für die behördliche Tätigkeit. Jede Organisation - insbesondere, wenn sie außerhalb ökonomischer Sachzwänge angesiedelt ist - neigt zur Selbstbestätigung und Eigengesetzmässigkeit. Die Europäische Reform Partei (ERP) setzt sich für schlanke Verwaltungen und eine sachbezogene Behördentätigkeit ein.

Die erwähnten Themen und Forderungen der Reform Partei der Schweiz (RPS) wie der sie überlagernden Europäischen Reform Partei (ERP) sind keinesfalls vollständig. Sie ermöglichen aber, den innerparteilichen Prozess vorwärts zu treiben und das Ziel einer echten Europa Partei zu erreichen.

Zürich, 29.3.2006